

1459/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Motter, Partner und Partnerinnen haben am 27. November 1996 unter der Nr. 1481/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen zum Schutz für Kinder vor Werbetricks gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihnen obengenannte Studie der BEUC bzw. die dargestellte Problematik bekannt?
2. Gibt es für Österreich Studien, die Ihnen bekannt sind und die sich mit diesem Thema befassen?
3. Wenn nein, werden Sie eine Studie betreffend Kinder und Werbung in Auftrag geben?
4. Planen Sie Maßnahmen, um Werbeaktivitäten vor allem im Schulbereich zu beschränken?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die dargestellte Problematik ist - wie auch die angesprochene Studie der BEUC - dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz bekannt .

Zu den Fragen 2 und 3:

Zu diesem Thema wären unter anderem nachstehende Studien anzuführen :

Sierek, Kinder und Werbefernsehen, in: Institut für Gesellschaftspolitik (Herausgeber, 1980)

Amann/Hermann/Hohenbalken/Spanner, Konsumverhalten Jugendlicher, Institut für Gesellschaftspolitik (Herausgeber, 1989)

Zu Frage 4:

Im November 1996 hat der Nationalrat eine Novelle zum Schulunterrichtsgesetz beschlossen, wonach Werbung in den Schulen auch für schulfremde Zwecke erlaubt wird.

Ich verhehle nicht, daß die Stellungnahme meines Ressorts zur Novelle des Schulunterrichtsgesetzes Bedenken gegen die Aufhebung des Werbeverbots an Schulen enthielt.

Die Auswirkungen dieser Regelung werden zu beobachten sein.

Ist absehbar, daß diese auf die Schüler oder auch auf die Grundsätze des Schulsystems nachteiligen Einfluß haben, muß es zu entsprechenden Maßnahmen kommen.

Um Schülern, Eltern und Lehrern den Umgang mit Werbung zu erleichtern, werden vom Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz zu diesem Thema Unterrichtsmaterialien für Lehrer sowie Folder für Eltern erarbeitet.